

# POPULISMUS UND ANDERE (WAHLKAMPF-) SCHNELLSCHÜSSE

Die politischen Ereignisse der vergangenen Wochen haben den Reformkurs der letzten Regierung jäh unterbrochen. Jetzt ist fraglich, was im „freien Spiel der Kräfte“ alles beschlossen werden könnte.

AUTOR: MARTIN PRUNBAUER, ÖSTERREICHISCHER HAUS- UND GRUNDBESITZERBUND (ÖHGB)

**D**ie politischen Ereignisse der vergangenen Wochen haben in unserem Land nicht nur für Unruhe und Verunsicherung gesorgt, sie haben den Reformkurs der letzten Regierung abrupt zum Erliegen gebracht und die Umsetzung vieler noch offener Vorhaben blockiert. Im Regierungsprogramm der letzten Bundesregierung gab es unter der Rubrik „Modernisierung des Wohnungsrechts“ gute und wichtige Impulse für Immobilienbesitzer sowie für die Bau- und Immobilienwirtschaft. Die deutliche Senkung von Baukosten, ein fairer Ausgleich im Mietrecht zwischen Vermieter- und Mieterseite sowie die Attraktivierung von Investitionen waren vorgesehen, doch wurden leider nicht mehr umgesetzt.

## Wieder Wahlkampf

Vorgezogene Nationalratswahlen, welche nun im Herbst 2019 anberaunt sind, versetzen Österreich früher als erwartet in einen neuerlichen Nationalratswahlkampf. Es steht die Angst im Raum, dass – wieder einmal – in den Nationalratssitzungen bis zum



**ES GIBT DIE ANGST,  
DASS BEIM FREIEN  
SPIEL DER KRÄFTE  
ALLES MÖGLICHE  
BESCHLOSSEN WIRD.**

MARTIN PRUNBAUER  
ÖHGB

Wahltermin im vielzitierten „Spiel der freien Kräfte“ alle möglichen Gesetze beschlossen werden, weil Parteien glauben, sich damit in besserem Licht zeigen und sich bei den kommenden Wahlen verkaufen zu können. Wir alle

erinnern uns nur zu gut an die in letzter Minute beschlossene Abschaffung des Pflegeregresses, an die Erhöhung der Pendlerpauschale oder Mindestpensionen bzw. der Angleichung von Arbeitern und Angestellten.

Wir sind zuversichtlich, dass die von Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein ausgewählten Ministerinnen und Minister die Verwaltung gut weiterführen werden, ehe sich im Herbst nach der Nationalratswahl wieder eine Möglichkeit zur politischen Gestaltung ergibt.

## Punkte wieder aufnehmen

Hoffentlich werden dann unter der nächsten Bundesregierung diese wichtigen Punkte im Wohn- und Immobilienrecht wieder aufgenommen. Für die jetzige Übergangszeit wünschen wir uns verantwortungsvolle Politik statt kurzfristiger Parteitaktik. Denn allein der Wahltaktik geschuldete Mehrausgaben vor Neuwahlen müssen von den Österreicherinnen und Österreichern spätestens in der nächsten Gesetzgebungsperiode zurückgezahlt werden! ■